

**Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses
am Freitag, dem 23.04.2021, im Großen Ausschussszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 11:00 Uhr
Ende: 14:14 Uhr**

		Seite
<u>I. Öffentlicher Teil</u>		
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	12
2.	Bericht der Verwaltung	13
3.	Aktuelle Corona-Lage / Modellregion	115/2021 14
4.	Personalstruktur beim Kreis Warendorf – Kennzahlenset 2021	113/2021 17
5.	Verzicht auf die Erstellung des Gesamtabschlusses 2020	083/2021 18
6.	Wasserstoffbusse für den Kreis Warendorf	092/2021 19
7.	Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Gründung einer Beschaffungsgemeinschaft und zur gemeinsamen Vergabe eines mobilen Datenerfassungssystems im Rettungsdienst	084/2021 20
8.	Änderung der Satzung für das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien des Kreises Warendorf	182/2020 21
9.	Antrag der AfD-Kreistagsgruppe - Umbesetzung von Ausschüssen	112/2021 22

II. Nichtöffentlicher Teil

- 1.** Änderung der Vereinbarung mit dem Trägerverband Fachdienst Integrationshilfen **099/2021** **23**

Anlagen

- Anlage 1 Präsentation „Aktuelle Coronalage“

Anwesend:

Vorsitz
Gericke, Olaf, Dr.
Mitglieder des Kreisausschusses
Bas, Ali
Blex, Christian, Dr.
Blömker, Franz-Ludwig
Diekhoff, Markus
Gerwing, Theresia
Grap, Valeska
Gutsche, Guido
Kaup, Winfried
Kocker, Dennis
Luster-Haggeney, Rudolf
Möllmann, Rolf
Nienkemper, Dorothea
Schlösser, Ulrich
Schulte, Stephan
Schulze Westhoff, Stephan
Westerwalbesloh, Florian
von der Verwaltung
Bleicher, Herbert, Dr.
Funke, Stefan, Dr.
John, Kai
Klausmeier, Brigitte
Schreier, Petra

Es fehlten entschuldigt:

von der Verwaltung
Heuermann, Wiebke

Landrat Dr. Gericke eröffnet um 11.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreisausschusses, Frau Darpe, die Vertreter der Presse sowie die Gäste.

Landrat Dr. Gericke stellt fest, dass der Kreisausschuss mit Einladung vom 12.04.2021 form- und fristgerecht einberufen worden ist.

Anschließend weist Landrat Dr. Gericke darauf hin, dass folgende Vorlagen/Dokumente nachträglich per Mail versendet wurden bzw. auf den Tischen ausliegen:

- Übersicht Stellenplan
- Antrag der SPD-Fraktion zur Kita Biberbande in Ostbevern (per E-Mail versendet am: 21.04.2021)

Der Landrat schlägt vor, die Tagesordnung um den Antrag der SPD- Fraktion zur Kita Biberbande in Ostbevern zu erweitern.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen und die Tagesordnung um den Antrag erweitert. Der TOP wird direkt zu Beginn behandelt.

Der Landrat stellt Frau Darpe, stellvertretende Leiterin des Jugendamtes, kurz vor und erläutert, dass die Beantwortung des umfangreichen Fragenkataloges der SPD-Anfrage auch durch die Fachbereiche erfolgt und sehr umfangreich werden wird. Im Anschluss an den Bericht wird die Gelegenheit gegeben, Fragen zu stellen.

Der Landrat beginnt mit der Einführung in den Bericht, die weiteren Ausführungen erfolgen durch Frau Klausmeier, Herrn Dr. Funke und Frau Darpe:

Den Fraktionen wurde der umfangreiche Bericht des Rechnungsprüfungsamtes zur Verfügung gestellt. Diesen Bericht könne man nur verstehen, wenn man auch die Zusammenhänge der Errichtung der Kita darstellt. Verschiedene Abteilungen im Haus seien für die Errichtung einer solchen Kita zuständig, und da der Bericht sehr lang und sehr umfangreich sei, empfiehlt es sich, die Details genau anzuschauen.

Die Diskussion der letzten 10 Tage war davon geprägt, sich einen Aspekt aus dem Bericht des Rechnungsprüfungsamtes herauszunehmen und diesen, wie mit einem Brennglas, zu betrachten.

Es sei natürlich wichtig, kritische Fragen zu stellen. Das sei das Recht und die Verpflichtung politischer Gremien. Ob es dann immer richtig sei, diese gleich öffentlich zu bewerten, sei eine andere Frage. Der Landrat werte es als sehr positiv, dass alle anderen Fraktionen sich nicht öffentlich geäußert hätten, sondern erst einmal zuhörtten, neugierig seien und dann schauten, wie das Ganze bewertet werde. Das sei der Weg, den man bei so etwas normalerweise gehe.

Der Landrat beginnt mit der Frage, wie die Zuständigkeiten zwischen Kreis und Gemeinde bei der Errichtung einer Kita geregelt sei. In Ahlen, Oelde oder Beckum liege alles in einer Hand.

Bei den übrigen kreisangehörigen Städten und Gemeinden, mit Ausnahme der Stadt Warendorf, gestalte die jeweilige Gemeinde das Planungsrecht, sei aber nicht untere Bauaufsicht und nicht Jugendamt.

Vor Jahrzehnten hätten die Vorgänger in Verwaltung und Kreistag folgende Aufgabenteilung bei der Kitaerrichtung beschlossen:

Die Gemeinde sei verantwortlich für die Errichtung einer Liegenschaft, für den Standort, für die Gestaltung und vor allem für die Trägersauswahl.

Der Kreis mache die Bedarfsplanung und sei vor allen Dingen verantwortlich für die Sicherstellung des Rechtsanspruches.

Ein zweiter Punkt, der angesprochen werden müsste, seien die Verzögerungen beim Kitabau:

Seit einigen Jahren ergebe sich das Problem, dass der Bedarf beim Kreis stetig steige und immer wieder mit Verzögerungen gekämpft werden müsse.

Zum einen können nach der Anmeldefrist noch Bedarfe von Eltern angemeldet werden. Teilweise noch im Dezember. Zum anderen kämen auch Klagen gegen Planungsrecht dazu, wie in Telgte, ebenso wie Verzögerung bei der Bauausführung.

Im Prinzip aber ein „schönes Problem“, weil der Kreis Warendorf steigende Bedarfe für Betreuungsplätze hat. Dennoch sei das eine riesige Herausforderung.

In Ostbevern sei festgestellt worden, dass der Rat schon vor 3 Jahren den Bau beschlossen und den Träger (AWO) ausgewählt habe, der Bau aber voraussichtlich nicht zum 01.08.2020 fertig werden würde und damit der Rechtsanspruch der Eltern nicht bedient werden könnte. Da der Kreis gleichzeitig Baubehörde sei und wusste, welche Verzögerungen entstehen, wenn ein Bauantrag nicht komme oder unvollständig sei, dann stelle sich für die Mitarbeiter die Frage, wie der Rechtsanspruch sichergestellt werden könne. Andernfalls sähe man sich den begründeten Klagen der Eltern vor Gericht gegenüber. Vor allem wolle man, dass Familien mit Kindern gerne im Kreis leben. Das sei die Aufgabe und der müsse sich der Kreis stellen.

Es wurde festgestellt, dass es in Ostbevern zu Verzögerungen komme, was, wie eben geschildert, erstmal nicht ungewöhnlich sei.

Die Verwaltung habe das aber auch offen kommuniziert. Der Kreis Warendorf habe und das beende eigentlich alle Spekulationen- eine öffentliche Vorlage geschrieben. Die habe dem KiJuFam und dem Kreisausschuss vorgelegen und wurde im Juni 2020 durch den Kreistag genehmigt.

In dieser Vorlage heißt es: „Bereits jetzt zeigen sich weitreichende Bedarfe an einer solchen Modul-Kita. Als erster Einsatzort kommt Ostbevern in Betracht. Dem Jugendamt ist seit Januar (2020 ist gemeint) bekannt, dass die neu geplante 5-gruppige Kita nicht planungsgemäß zum 01.08.2020 fertig gestellt werden kann. Neben einer Gruppe in einer bestehenden Kita, müssen 2 weitere Gruppen in Modulen untergebracht werden, da andere Räumlichkeiten nicht zur Verfügung stehen“.

Damit habe sich der Kreis Warendorf im März 2020 festgelegt und habe in einer öffentlichen Vorlage den Kauf von 2 entsprechenden Modulen beschlossen. Darüber haben auch Glocke und WN berichtet. Das sei kein Hinterzimmerwissen, sondern

eine öffentliche Vorlage. Dies fand parteiübergreifend Zuspruch, da dieses Problem nicht nur in Ostbevern auftauche, sondern kreisweit.

Natürlich habe ihn (den Landrat) auch die Frage beschäftigt, wie es sein könne, dass die Gemeinde sage, die Kita würde fertig und das Kreisbau- und Jugendamt sagten, dass sie erhebliche Zweifel an der fristgerechten Fertigstellung hätten. Deshalb habe er sich am 17.02.2020 erkundigen wollen, wie das vor Ort eingeschätzt werde. Wenn der Kreis eine Übergangslösung beschließen müsse doch vor Ort die Frage gestellt werden, warum die Kita nicht fertig werde. Zu diesem Gespräch wurden 2 Personen eingeladen, die dem Landrat bekannt seien und mit denen er sich ausgetauscht habe. Die Vorstellung dieses Gespräch habe parteipolitische Gründe gehabt, wurde von der SPD fälschlich unterstellt.

Die SPD-Fraktion habe zu dieser Frage der Bezirksregierung eine Dienstaufsichtsbeschwerde zukommen lassen und darin bereits eine Feststellung getroffen, nach diesseitiger Auffassung hat sich Herr Dr. Gericke eines Dienstvergehens schuldig gemacht. Damit sei der Vorwurf erhoben worden, der Landrat habe in den Wahlkampf eingegriffen.

Die Bezirksregierung habe unmittelbar vor dieser Sitzung eine Durchschrift übersandt, zu der der Kreis nun Öffentlichkeitsarbeit machen werde.

Herr John, verteilt Kopien an die Mitglieder im Raum.

Landrat Dr. Gericke zitiert aus dem Schreiben:

„Nach Eingang und Auswertung der Stellungnahme des Landrates möchte ich Ihnen mitteilen (gemeint ist die SPD-Fraktion), dass die Auffassung in Ihrem Schreiben vom 14.04.2021, es habe sich um eine unzulässige Wahlkampfunterstützung gehandelt, von mir (der Bezirksregierung Münster) nicht geteilt wird. Des Weiteren ist nicht erkennbar, dass das Gespräch am 17.02.2020 in irgendeiner inhaltlichen Weise in parteipolitischem Zusammenhang mit der bevorstehenden Kommunalwahl gestanden haben könnte. Auch ein Verstoß gegen das Neutralitätsgebot außerhalb von Wahlkampfzeiten ist hier nicht dargelegt. Dafür spricht auch, dass an dem Gespräch die Sozialdezernentin und die Amtsleitung des Jugendamtes teilgenommen hat. Eine solche frühe Phase der Sachverhaltsermittlung ist typischer Weise geprägt durch Gespräche und die Nutzung weiterer Informationsquellen innerhalb und außerhalb der Kreisverwaltung um eine genauere Einschätzung eines Sachverhaltes zu entwickeln.“

Herr Dr. Gericke stellt fest, dass Herr Kocker (SPD) in die Öffentlichkeit gegangen sei und ihm vorgeworfen habe, er habe in den Wahlkampf eingegriffen. Herr Kocker (SPD) habe diesen Vorwurf nicht nur gegenüber der Bezirksregierung erhoben, sondern auch öffentlich weit verbreitet. Die Bemühungen von Herrn Kocker ein „politisches Süppchen“ zu kochen, um seine Integrität und seinen Ruf als Landrat zu beschädigen, seien damit gescheitert.

Herr Dr. Gericke lobt, unter Beifall die Arbeit, von Jugendamt und Bauamt. Für beide eine riesen Herausforderung.

Frau Darpe begrüßt die Anwesenden und stellt sich vor. Ihr Tätigkeitsschwerpunkt sei die Kindergartenbedarfsplanung im Kreis. Im Jahr 2018 habe die Gemeinde den Bedarf für eine neue Kita angemeldet. Daraufhin begann die Planung. Als Träger wurde die AWO ausgewählt. Der Betrieb sollte am 01.08.2020 aufgenommen werden. Damit bestand ein ausreichend großes Zeitfenster. Dementsprechend wurde die Kita in die Bedarfsplanung 2020 aufgenommen. Bürgermeister Annen hatte wiederholt versichert, die Kita werde zum 01.08.2020 fertig gestellt.

Im Januar 2020 trat die AWO an den Kreis heran, teilte einen Architekten- und Investorenwechsel mit und ginge davon aus, die Fertigstellung könne knapp werden.

Auf Grund dessen habe das Jugendamt Kontakt zu Herrn Annen aufgenommen, der am 20.01.2020 nochmals versicherte hatte, dass die termingerechte Fertigstellung erfolgen werde. Am 30.01.2020 fand dazu ein Gespräch mit dem Architekten, dem Träger, der Gemeindeverwaltung und Mitarbeitern des Kreises statt. Der Architekt habe dabei erklärt, der Zeitplan könne vermutlich nicht eingehalten werden. Das sei sehr sportlich. Daraufhin sei Herr Annen sofort auf eine Übergangslösung angesprochen worden. Diese sah Herr Annen als nicht erforderlich an. Im Anschluss wurde hausintern beschlossen, weiter mit der Übergangslösung zu planen.

Frau Darpe erläutert die folgenden Probleme bei der Bedarfsplanung und der Suche nach alternativen Räumen.

In einem Telefonat mit Herrn Annen habe dieser gesagt, er gehe die Übergangslösung nur mit, um Dr. Gericke einen Gefallen zu tun. Die Kita würde fristgerecht fertig gestellt. Er habe auch angedeutet, dass er sich an einer Finanzierung nicht beteiligen werde.

Am 26.06.2020 sei Herr Annen nochmals angeschrieben worden, und es sei ihm angeraten worden, die Sachlage erneut zu bewerten und zu überlegen, nicht doch besser die Modulgruppen aufzustellen. Mit Email vom 30.06.2020 habe Herr Annen zugesagt.

Am 03.07.2020 sei dann die endgültige Entscheidung getroffen worden, die Module aufzustellen. Auch auf die Gefahr hin, dass die Gemeinde-Kita zeitgleich fertig werde. Wäre diese Planung nicht erfolgt, hätten 33 Kinder aus 28 Familien keinen Betreuungsplatz erhalten.

Dr. Gericke führt weiter aus, dass hier eine Meisterleistung von Bau- und Jugendamt vollbracht worden sei. Gerne könne auch die AWO befragt werden, wie diese die Zusammenarbeit mit dem Kreis Warendorf bewerte. Der Kreis lobe die Zusammenarbeit mit der AWO. Diese sei ein hervorragender Träger. Die AWO habe den gesamten schwierigen Prozess begleitet und sei ebenfalls mit der Arbeit des Kreises sehr zufrieden.

Herr Kuschke (AWO) habe auch in persönlichen Gespräch mit dem Land bekundet, dass die AWO die Zusammenarbeit mit dem Kreis gerne ausbauen würde. Dazu könne die AWO, die der SPD ja recht nahesteht, gerne befragt werden, wie sie die Arbeit des Kreises einschätze.

Zwischenruf von Herrn Blömker (SPD). Das sei eine unmögliche Bemerkung des Landrats. Das hätte nichts damit zu tun, was hier hinterfragt würde. Dafür könne der Landrat ihn nun gerne rügen.

Der Landrat bittet Herrn Blömker (SPD) entspannt zu bleiben.

Darauf folgt ein weiterer Zwischenruf von Herrn Blömker (SPD).

Herr Dr. Gericke bittet daraufhin die Form zu wahren.

Herr Dr. Gericke kündigt Frau Klausmeiers Bericht zur Kitaplatzversorgung in Ostbevern an.

Weiterer Zwischenruf von Herrn Blömker (SPD). Er hätte ganz andere Fragen auf seinem Bildschirm.

Herr Dr. Gericke weist darauf hin, dass es sich dabei um die erste Frage handeln würde, die Herr Kocker (SPD) in seinem Antrag gestellt habe.

Frau Klausmeier führt aus, dass die Fertigstellung der Modulkita mit erheblichen Kraftanstrengungen verbunden gewesen wäre. Die Module entsprächen dem neuesten Standard und wirkten wie ein massives Gebäude. Auch vom Träger, der AWO, würden die Räume als sehr angenehm empfunden.

Da die Fertigstellung des Neubaus noch ungeklärt sei, werden die Module weiter dort stehen bleiben. Die Gemeinde werde allerdings noch 2 weitere, baugleiche ergänzen und eine Gruppe in einer bestehenden Kita unterbringen. Damit werde der Anspruch der Eltern auf einen Kitaplatz in Ostbevern sichergestellt.

Frau Klausmeier hebt die hervorragende Zusammenarbeit mit dem Träger AWO hervor, der im Zuge der Planung auch sehr viel Geduld aufgebracht habe.

Dr. Funke berichtet, Anfang November 2020 einen Anruf von Bürgermeister Piochowiak erhalten zu haben, der ihn um einen Termin noch am selben Tag gebeten habe. Er habe nahezu keine Unterlagen zum Bauvorhaben Kita Biberbande gefunden und hätte um Hilfe gebeten bei der Aufarbeitung der Aktenlage. In dem Termin habe der Landrat angeboten, das Rechnungsprüfungsamt des Kreises mit der Aufarbeitung zu betrauen. Herr Uhkötter sei der entsprechende Auftrag erteilt worden, im Rechnungsprüfungsausschuss am 01.12.2020 sei entsprechend berichtet worden und nach Abschluss der Prüfung werde der Ausschuss erneut informiert.

Dr. Funke erläutert weiter, inwieweit in der Wohnbauförderung Kontakte mit den beiden Investoren der Kita bestanden hätten. Dies hinge mit einer Problemimmobilie an der Hauptstraße zusammen. Dr. König habe davon berichtet, dass die Investoren für dieses Projekt nicht zuverlässig seien. Das decke sich auch mit den Erfahrungen der Wohnbauförderung mit den Investoren. Der damalige Bürgermeister Annen sei darüber informiert worden, woraufhin Herr Annen dafür gesorgt hätte, dass diese beiden Investoren an dem Kitaprojekt nicht mehr als Gesellschafter beteiligt wurden. Dies wurde anhand eines Handelsregisterauszuges nachvollzogen.

Dr. Gericke führt nun zu den Grundzügen der kommunalaufsichtlichen Arbeit aus. Der Umgang mit den Räten und Hauptverwaltungsbeamten sei von Respekt geprägt. Die Kommunalaufsicht sei keine Einmischungsaufsicht und dürfe keine Fachaufsicht werden. Sie müsse tätig werden, wenn Rechtsverstöße festgestellt würden.

Dies sei im Fall der Kita in Ostbevern nicht der Fall. Auch die Ausübung des Informationsrechtes sei nicht erforderlich gewesen, da jederzeit auf Anfragen seitens der Gemeinde reagiert wurde.

Frau Darpe berichtet, sie verfüge über 20 Jahre Berufserfahrung in der Kommunalaufsicht. Hätte ein erkennbarer Rechtsverstoß vorgelegen, hätte sie den gemeldet.

Wortmeldung Herr Kocker (SPD). Er sei der Auffassung, dass die Fragen a-i unter der Ziffer 3 nicht beantwortet worden seien. Die SPD-Fraktion mache dem Kreis oder dem Landrat im Verfahren um den Bau der Kita, was die Information und die Fertigstellung der Kita betrifft, keinen Vorwurf.

Die 2. Frage sei, wie die kritische Haltung des Kreises zu den Investoren zustande gekommen sei. Dazu tauche in der Vorlage aus März zum Kauf der Module nichts auf. Warum wurde diese Information nicht gegeben?

Herr Kocker (SPD) zitiert aus dem Antwortschreiben der Bezirksregierung: *„Vielmehr legen die hier bekannten Umstände nahe, dass es sich bei dem Gespräch um ein Informationsgespräch gehandelt haben dürfte, mit dem der Landrat auf einen bestimmten Vorgang im Kreis eingeht, der seine Aufmerksamkeit erlangt hat und zu dem er sich, im Sinne einer frühen Sachverhaltsaufklärung, erste weitere Erkenntnisse verschaffen will.“* Darum ginge es doch gar nicht in dem Termin (Gemeint ist das Gespräch am 17.02.2020, Gegenstand der Dienstaufsichtsbeschwerde). Wenn der Landrat nun mitteile, er habe alle wesentlichen Informationen gehabt, dann ging es ihm doch nicht darum, selbst Informationen zu erlangen, sondern darum, als Verwaltung Informationen zu geben.

Das ergäbe sich auch aus dem Prüfbericht in dem es heißt, dass den 2. Schwerpunkt des Gespräches im Februar die kritische Haltung des Kreises zu den Investoren bilde. Das würde heißen, der Landrat habe die Anwesenden informiert. Das wäre der Vorwurf, den Herr Kocker (SPD) dem Landrat machen würde.

Herr Kocker (SPD) führt weiter sinngemäß aus, dass die Informationen zu den Investoren ein anderes Ergebnis gebracht hätten, wenn auch die übrigen Fraktionen im Rat der Gemeinde Ostbevern informiert gewesen wären. Rechtlich möge die Frage geklärt sein, politisch bleibt es bei der Frage wohl so, dass keine umfassende Information in der Frage der Seriosität weitergegeben wurde.

Herr Kocker (SPD) beantragt Einsicht in die E-Mail (gemeint ist eine E-Mail vom 26.06.2020), die über dieses Gespräch an den Bürgermeister gegangen sei.

Wortmeldung von Herrn Gutsche (CDU):

Wenn man sich den Sachverhalt, die Presseberichterstattung und die Vorgehensweise von Herrn Kocker (SPD) und der SPD anschau, dann könne man sich zu Recht Fragen stellen. Was den Sachverhalt selber anbelangt aber auch, wie das Thema selbst angegangen worden sei. Herr Kocker (SPD) möge es als Erfolg verbuchen, dass der Landrat mehrfach mit dem Begriff Dienstvergehen in der Zeitung stand. Getreu dem Motto, wenn man mit Dreck schmeiße, dann werde wohl irgendetwas hängen bleiben. Herr Kocker (SPD) ginge es dabei überhaupt nicht um die Aufklärung eines Sachverhaltes. Wenn das so gewesen wäre, hätte er nach seinem Fragenkatalog erst gewartet, bis der hier beantwortet worden wäre.

Stattdessen habe er sofort mit Dreck geworfen und sofort Dienstaufsichtsbeschwerde bei der Aufsichtsbehörde gestellt, die ausgegangen sei, wie das „Hornberger Schießen“.

Der Landrat habe dem neuen Bürgermeister geholfen einen Sachverhalt aufzuklären, den der nicht zu vertreten habe. Dafür hat er das Rechnungsprüfungsamt eingeschaltet und darüber hinaus Kitaplätze sichergestellt. Er sei nicht dafür zuständig bei jeder Gemeinde und jedem Bürgermeister auf die Finger zu klopfen und sich vor Räte zu stellen, wenn etwas nicht rund laufe. Das würden sich alle Bürgermeister im Kreis verbitten. Der Landrat habe mehrfach auf den Bürgermeister eingewirkt, den Sachverhalt seinem eigenen Rat darzulegen. Er sei damit seiner Fürsorge in vollem Umfang nachgekommen.

Sinngemäß führt Herr Gutsche (CDU) weiter aus, dass sich auch ein SPD-Hauptverwaltungsbeamter zunächst bei seinen eigenen Parteimitgliedern informiere. Die Zusammenarbeit mit der SPD und Frau Arnkens-Homann in den letzten Jahren war angenehm und vertrauensvoll. Herr Kocker (SPD) habe in seiner bisher sehr kurzen Amtszeit sehr viel Porzellan zerschlagen. Die CDU wünsche eine andere Zusammenarbeit.

Wortmeldung von Herrn Diekhoff (FDP):

Es sei und bliebe eine Frage des Stils. Des Stils und des Umgangs miteinander. Die Fragen, auch die der FDP in Ostbevern, seien ja auch völlig legitim. Sie seien aber auch umfassend und wahrheitsgemäß beantwortet worden.

Peinlich würde es dann, wenn Herr Blömker (SPD) hier rumschreie und sage, dass habe man nicht gefragt. Das entlarve dann, was es sei. Es sei kein guter Stil, eine Dienstaufsichtsbeschwerde als politisches Instrument zu benutzen oder zu missbrauchen, wenn man, wie Herr Kocker (SPD) gesagt habe, die Antwort schon kenne. Warum benutze man dieses Mittel um vor einer Sitzung Druck zu machen? Das sei eine Frage des Stils, das tue man nicht. Vor allem, weil hier politisches Handeln mit Dienstpflicht missbräuchlich vermischt würden.

Sinngemäß: Die Basis des Erfolgs des Kreises Warendorf sei immer die gute und ehrliche Zusammenarbeit bei allem politischen Diskurs gewesen.

Deswegen möchte er nochmal bitten, wenn man verloren habe, solle man das Feld räumen, man könne auch eine Entschuldigung aussprechen und sagen, OK, ich habe mich ein bisschen vergaloppiert, das passiert mir vielleicht nicht wieder und dann treffen wir uns wieder in einer politischen Auseinandersetzung mit Spaß, aber nicht in einer so persönlichen und diffamierenden und aus seiner Sicht missbräuchlichen Debatte rund um eine Dienstaufsichtsbeschwerde.

Wortmeldung von Herrn Kocker (SPD):

Wo war der schlechte Stil in einer ausschließlichen Sachfrage? Weil man anderer Auffassung sei? Er sei nicht Mitglied der CDU und vertrete andere Auffassungen. Es sei nun mal so, dass in einer Demokratie und das müsse man aushalten, dass es kritische Haltungen zu Sachthemen gäbe. Es sei absurd, dass Herr Gutsche (CDU) jetzt in dem Zusammenhang von schlechtem Stil spräche.

Herr Kocker (SPD) fährt fort und erklärt, dass das Mittel der Dienstaufsichtsbeschwerde das falsche Mittel gewesen sei und entschuldigt sich ausdrücklich bei Herrn Dr. Gericke.

Dennoch sei Herr Kocker (SPD) der Auffassung, dass die Frage der Investoren in Ostbevern zu einem anderen Ergebnis geführt hätte, wenn sie vorher kommuniziert worden wäre.

Dr. Gericke weist darauf hin, dass dem Bürgermeister Bedenken in Bezug auf einen der besagten Investoren mitgeteilt worden seien. Diese stammten aus Erfahrungen aus der Wohnbauförderung mit einem weiteren Gebäude auf der Hauptstraße in Ostbevern. Das Ergebnis dieses Hinweises war, dass 2 Investoren, dieser eingeschlossen, aus der Kitabetreibergesellschaft ausgeschieden seien. Ein entsprechender Handelsregisterauszug liege vor.

Herr Blömker (SPD) erklärt den Grund für seine vorherigen Zwischenrufe und entschuldigt sich dafür. Er habe sich provoziert gefühlt.

Herr Dr. Gericke nimmt die Entschuldigungen von Herrn Kocker (SPD) und Herrn Blömker (SPD) an.

Herr Schulte (FRAKTION) stellt die Frage, ob Herr Dr. Gericke den Satz geäußert habe, dass er Menschen seines Vertrauens informiere und wen das beinhalten würde.

Er ergänzt, Richtung Herrn Diekhoff (FDP), ihm stehe eine Kritik am Stil nicht zu, da Herr Diekhoff (FDP) Herrn Schulte (FRAKTION) einst „Verfassungsfeind“ genannt habe.

Dr. Gericke erklärt, dass er den von Herrn Schulte (FRAKTION) zitierten Satz nicht geäußert habe. Das Gegenteil wurde gesagt. Es ginge um das Einholen von Informationen bei Menschen, denen man vertraue.

I. Öffentlicher Teil

1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
-----------	---	--

Auf Nachfrage meldet sich keine Einwohnerin/ kein Einwohner zu Wort.

Abstimmungsergebnis:

2. Bericht der Verwaltung	
----------------------------------	--

Landrat Dr. Gericke erklärt, dass es zur Coronalage einen separaten Tagesordnungspunkt gibt.

Abstimmungsergebnis:

3. Aktuelle Corona-Lage / Modellregion**115/2021**

Dr. Gericke berichtet zunächst über die inhaltlichen Auswirkungen der Bundesnotbremse aus § 28b IfSG. Die essentiellen Themen darin seien Kitas, Schulen und die Ausgangssperre. Da das Gesetz am Folgetag nach der Sitzung in Kraft träte, müsse die Frage geklärt werden, wie das Land das Greifen der Notbremse feststellt. Klar sei, dass ab Samstag die Ausgangssperre gälte und am kommenden Montag die Schulen geschlossen würden.

Frau Schreier ergänzt, dass es eine Notbetreuung für die Schüler bis zur 6. Klasse geben werde.

Frau Nienkemper (FWG) fragt nach, wie sich die Situation bei den Kitas darstelle.

Frau Klausmeier ergänzt, dass voraussichtlich auch diese geschlossen würden und eine Notbetreuung geplant sei.

Auf Rückfrage von Herrn Bas (Grüne) erklärt Frau Klausmeier, dass die Abschlussklassen nicht von den Schließungen betroffen seien.

Frau Klausmeier stellt die aktuellen Zahlen vor und erklärt, was mit dem Ausdruck „Die Macht der kleinen Zahlen“ gemeint sei. In Beelen führten 6 neue Coronafälle zu einer Steigerung der Inzidenz von 179,6 auf 277,6.

In Ahlen leben 19% der Bevölkerung des Kreises, jedoch entfielen derzeit 31% der Coronafälle im Kreis auf diese Stadt. Daher habe der Kreis eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Herrn Dr. Funke installiert, die seit Januar 2021 die Lage in Ahlen speziell untersuche.

Es sei festgestellt worden, dass es einen überproportionalen Anteil türkischer- und arabischer Nachnamen bei den Infizierten gäbe.

Es würden Kampagnen gestartet zur Aufklärung und zur Einhaltung der Coronaregeln. Dies erfolge in Zusammenarbeit mit dem kommunalen Integrationszentrum.

Dr. Funke berichtet über eine Sonderaktion. Es würden in auffälligen Stadtteilen Fahrzeuge mit großen Informationsbildschirmen zum Einsatz kommen.

Es wird berichtet über die britische Mutation des Coronavirus. Diese mache den überwiegenden Teil der Infektionen aus. Festgestellt werden konnte, dass diese Mutation bei jüngeren Menschen ansteckender sei. Die Ansteckungszahlen der Kinder zwischen 3 und 6 Jahren haben sich verdoppelt. Dieser Trend setze sich durch alle Altersklassen fort. Gesondert erwähnt Frau Klausmeier die Altersgruppe der über 80-Jährigen. In dieser Altersgruppe würden sich die Impfungen deutlich bemerkbar machen, sodass hier kaum noch Infektionen auftreten würden.

Nachfrage von Herrn Schulte (FRAKTION) zur Impfquote beim Pflegepersonal. Die Zahlen seien dem Kreis Warendorf nicht bekannt.

Frau Nienkemper (FWG) möchte wissen, wie hoch die Prozentzahl der Nichtgeimpften über 80-jährigen sei. Auch diese Zahl sei nicht bekannt.

Frau Klausmeier berichtet zum aktuellen Impfgeschehen, speziell auch zu den neu

angelaufenen Impfungen bei den Hausärzten. Der Kreis komme auf eine Impfquote von 21 %.

Herr Möllmann (CDU) meldet sich zu Wort. Er habe gehört, dass es im Impfzentrum gut laufe. Die Mitarbeiter seien freundlich und die Abläufe seien gut organisiert. Es sei erfreulich, dass nunmehr in die Fläche gegangen werde. Er habe aber von Problemen bei den Impfungen von Lehrern gehört.

Frau Klausmeier erläutert, dass die Lehrer von weiterführenden Schulen nicht priorisiert seien. Herr Spahn habe aber angekündigt, dass die Priorisierung insgesamt im Juni aufgehoben werden solle.

Frau Grap (Grüne) wendet ein, dass auch die Lehrer der weiterführenden Schulen geimpft werden sollten, da dort hohe Infektionszahlen vorhanden seien.

Herr Diekhoff (FDP) erklärt, dass die Grundschullehrer priorisiert worden seien, da vermutet werde, dass viele Kinder asymptomatische Träger des Virus seien. Außerdem sei es schwierig in dieser Altersgruppe Abstand und Maskenpflicht konsequent umzusetzen.

Frau Grap (Grüne) erwidert, dass man den Infektionszahlen stets hinterherlaufe und es deshalb wichtig sei, alle Lehrer zu impfen. Herr Diekhoff (FDP) stimmt zu.

Frau Schreier berichtet, dass der Kreis Warendorf über dem Landes- und Bundesdurchschnitt bei der Belegung der Intensivbetten läge.

Herr Gutsche (CDU) erkundigt sich nach den Belegungszahlen im Münsterland.

Diese seien unproblematisch. Kritisch sei die Lage in Köln.

Herr Diekhoff (FDP) lobt die schnelle Einführung der Bürgertestung im Kreis Warendorf. Er würde eine Lanze brechen für die Schnelltest- und die Modellregion. Die Strategie scheine zu funktionieren.

Frau Grap (Grüne) sagt, dass die Auslastung der Intensivbetten ein wichtiger Indikator sein sollte.

Herr Möllmann (CDU) sieht mehr Fälle durch das verstärkte Testen, befürwortet aber diese Strategie. Die Öffnung der Außengastronomie sähe er unproblematisch. Die meisten Infektionen entstünden durch private Treffen. Daher sollte der Aufruf erfolgen den Rest der Pandemie noch durchzuhalten.

Nun stellt Herr Dr. Bleicher das Modellprojekt vor. Ein schriftlicher Antrag dazu hätte innerhalb von 24 Stunden gestellt werden müssen.

Herr Kocker (SPD) findet die Idee grundsätzlich gut, leider sprächen die aktuellen Zahlen nicht für einen zeitnahen Start. Er bemängelt, dass der Kreistag davon zu spät erfahren habe und dadurch der Eindruck entstanden sei, der Landrat handle allein. Auch die KT-Mitglieder müssten die Entscheidung nach außen vertreten.

Herr Gutsche (CDU) meint, dass man bei der Inzidenz als alleiniges Kriterium für Maßnahmen vortrefflich streiten könne. Da der Einzelhandel massiv betroffen sei, müsse alles unternommen werden, um zu helfen.

Er erwidert auf die Wortmeldung von Herrn Kocker (SPD), dass die Infos zum Modellprojekt bereits in einer Infomail von Herrn John am 23.03.2021 verschickt worden seien. Auch die Teilnahme an der wöchentlichen Telefonkonferenz mit den Fraktionsvorsitzenden sei nicht immer vollzählig. Während der Pandemie sei die Schlagzahl an Informationen durch die Verwaltung hoch gewesen. An der ein oder anderen Stelle hätte der Informationsfluss besser oder anders sein können, aber insgesamt seien die Informationen zur Modellregion gut gewesen.

Frau Grap (Grüne) sagte, dass auch ihre Fraktion die Modellregion unterstütze. Man hätte sich aber gewünscht von Anfang an mit im Boot zu sein. Wenn man davon erst aus der Zeitung erfahre, sei das nicht zu verstehen. Sie bittet, die Gremien zukünftig mit einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis:

4.	Personalstruktur beim Kreis Warendorf – Kennzahlenset 2021	113/2021
-----------	---	-----------------

Frau Schreier berichtet über die Personalstruktur des Kreises Warendorf.

Die Teilzeitquote betrage 32,4 %. Von diesem Anteil entfielen auf Frauen in Teilzeit 86,5%. Bei den Führungskräften komme der Kreis Warendorf auf einen Anteil an Frauen von 43%.

Herr Bas fragt nach, ob eine Quote bei den Auszubildenden existiere.

Das sei nicht der Fall.

Herr Bas möchte zudem wissen, ob der Kreis über ein Diversitymanagementkonzept verfüge oder ob ein solches angedacht sei.

Frau Schreier erklärt, dass das bisher nicht der Fall ist, der Kreis Warendorf jedoch bemüht sei, auch Auszubildende mit Migrationshintergrund einzustellen.

Außerdem fördere der Kreis Warendorf explizit Männer, ihre Elternzeit zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:

5. Verzicht auf die Erstellung des Gesamtabchlusses 2020**083/2021****Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag des Kreises Warendorf beschließt auf die Erstellung des Gesamtabchlusses 2020 zu verzichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

6. Wasserstoffbusse für den Kreis Warendorf**092/2021****Beschlussvorschlag:**

1. Der Kreis Warendorf beauftragt die RVM, zwei Wasserstoffbusse zu beschaffen. Diese sollen auf der Linie R62/63 von Beckum über Ennigerloh und Freckenhorst nach Warendorf zum Einsatz kommen und zwei konventionelle Dieselfbusse ersetzen.
2. Der Kreis Warendorf trägt die jährlichen Mehrkosten in Höhe von insgesamt ca. 151.000 bis 201.000 Euro über die Kreisergebnisrechnung der RVM.
3. Die RVM prüft und beantragt in Abstimmung mit der Verwaltung die Möglichkeiten des Einsatzes von Fördermitteln für die Anschaffung und den Betrieb von Wasserstoffbussen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

7.	Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Gründung einer Beschaffungsgemeinschaft und zur gemeinsamen Vergabe eines mobilen Datenerfassungssystems im Rettungsdienst	084/2021
----	--	-----------------

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird auf Grundlage des beigefügten Entwurfs beauftragt, eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit den Städten Ahlen, Beckum, Oelde und Warendorf zur Gründung einer Beschaffungsgemeinschaft und zur gemeinsamen Vergabe eines Systems zur mobilen Datenerfassung im Rettungsdienst abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

8.	Änderung der Satzung für das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien des Kreises Warendorf	182/2020
----	--	-----------------

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Satzung für das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien des Kreises Warendorf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

9.	Antrag der AfD-Kreistagsgruppe - Umbesetzung von Ausschüssen	112/2021
----	---	-----------------

Beschlussvorschlag:

Auf den anliegenden Antrag „Umbesetzung von Ausschüssen“ der AfD-Kreistagsgruppe vom 26.03.2021 wird verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Landrat Dr. Gericke um 14:14 Uhr die Sitzung.

Dr. Olaf Gericke
Landrat

Dr. Stefan Funke
Schriftführer